



US-Bankensystem erhält Hilfe von der EZB

Konzertierte Aktion von Notenbanken sichert US-Instituten Zugang zu Liquidität in Euro, Yen, Pfund und Schweizer Franken

ROLF BENDERS | NEW YORK

Die amerikanischen Kreditinstitute können in der Zukunft über ihre Notenbank Fed auch auf Kredite in den wichtigsten Auslandswährungen zugreifen. Die Notenbanken der USA, Großbritanniens, Japans und die europäische Zentralbank (EZB) haben gestern eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen. Damit soll verhindert werden, dass Liquiditätseng-

pässe in Devisen, die die Fed selbst nicht durch Dollarkredite abfedern kann, das ohnehin angeschlagene US-Bankensystem destabilisieren.

Die neue Vereinbarung schließt an eine Kooperation aus dem vergangenen Herbst an. Damals stellte die Fed 13 Notenbanken weltweit sogenannte Swap-Linien im Volumen von 300 Mrd. Dollar zur Verfügung. Dadurch erhielten diese Zentralbanken die Möglichkeit, sich bei der Fed Dollarbeträge zu lei-

hen. Dieses Geld konnten sie dann ihren Geschäftsbanken zur Verfügung stellen. Das war damals nötig, weil nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers plötzlich weltweit Milliardensummen in Dollar benötigt wurden. Ohne diese Vereinbarung hätten Banken in Probleme geraten können, die zwar über ausreichend Liquidität in der heimischen Währung verfügten, aber nur schwer an Dollarkredite kommen konnten.

Die gestern geschlossene Vereinbarung funktioniert umgekehrt. Im Falle einer neuerlichen Zuspitzung der Lage kann sich die Fed bei den übrigen teilnehmenden Notenbanken Geld in den jeweiligen Währung leihen. So stellt die EZB eine Swap-Linie im Volumen von 80 Mrd. Dollar bereit. Die britische Notenbank gewährt den USA Zugang zu 30 Mrd. Pfund. Aus der Schweiz und Japan stehen 40 Mrd. Franken beziehungsweise zehn

Bill. Yen zur Verfügung. Am Kapitalmarkt wurde die Vereinbarung als Zeichen für anhaltende Probleme des Weltfinanzsystems bewertet. „Das zeigt, dass sich die Refinanzierungsprobleme verschoben haben und nicht mehr nur den Dollar-Raum betreffen“, sagte

George Goncalves, Analyst bei Morgan Stanley. Einig waren sich die Experten darin, dass dies eine Vorsorgemaßnahme sei, die nicht auf akute Probleme schließen lassen.